

Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates Pfarrkirchen bei Bad Hall am Freitag, den 11. Okt. 2013, um 19.00 Uhr, im Sitzungszimmer der Gemeinde.

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.00 Uhr

anwesend: 1) Bgm. Herbert Plaimer als Vorsitzender;

2) Vbgm. Alfred Jungwirth, die GVM. Günter Werner, Wolfgang Knogler, Eva Maria Hütmeier und Kornelia Haselsteiner;

3) GRM. Franz Irkuf, Sabine Plaimer, Jürgen Irkuf, Klaus Georg Grillmayr, Peter Prihoda, Herta Jungwirth, Sieglinde Prihoda sen., Gertraud Hinterberger, Ing. Johann Gruber, Gerhard Neudecker, Alfred Fischereider, Edward Daubner, Heimo Kahr;

4) die EM. Manuela Knogler, Rosemarie Straßmayr, Gerhard Stanzinger, Peter Urban, Hans Grolmusz;

abwesend: GVM. Sieglinde Prihoda, GRM. Ing. Jürgen Hausmann, Sabine Knoll, Heinz Straßmayr, NR. Dipl.-Ing. Gerhard Deimek, Ing. Marianne Daubner;

Tagesordnung:

- 1) Nachtragsvoranschlag 2013;
- 2) Bebauungsplan Nr. 35 "Stockinger II" – Beschlussfassung;
- 3) Straßenbauarbeiten: Ausbau der Siedlungsstraße Hallerweg; Grundsatzbeschluss;
- 4) Mühlgruber-Landesstraße 1362 – Gestattungsvertrag für den Anschluss einer Verkehrsfläche der Gemeinde;
- 5) Grundangelegenheit Martinek - Griebler, Tassiloweg – Vereinbarung;
- 6) Allfälliges.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigungen hiezu gemäß vorliegendem Zustellnachweis an alle Gemeindevorstandsmitglieder rechtzeitig und schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte erfolgt sind und
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Bürgermeister bestimmt AL. Franz Kaip zum Schriftführer dieser Sitzung.

Bgm. Plaimer gibt bekannt, dass in der heutigen Sitzung 2schriftliche Dringlichkeitsanträge gem. § 46 Abs. 3, GemO 1990 eingegangen sind.

Diese Anträge werden vom Bürgermeister verlesen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, dass die vorliegenden Anträge

- a) Erhöhung der Tourismusabgabe und
- b) Maßnahmen für Studenten mit HWS Pfarrkirchen – Erhöhung des Kostenersatzes und Verlängerung auf unbestimmte Zeit

dringlich behandelt werden sollen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass die Angelegenheiten

- a) Erhöhung der Tourismusabgabe und
- b) Maßnahmen für Studenten mit HWS Pfarrkirchen – Erhöhung des Kostenersatzes und Verlängerung auf unbestimmte Zeit

dringlich behandelt werden.

TOP 1) Nachtragsvoranschlag 2013;

Der Bürgermeister berichtet:

Ein Entwurf für den Nachtragsvoranschlag 2013 wurde erstellt und vom 26. Sept. bis 11. Okt. 2013 zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt.

Im o.H.stehen den Einnahmen von € 2,984.100,00
Ausgaben in Höhe von € 2.984.100,00 gegenüber, sodass dieser ausgeglichen
erstellt werden konnte

Im a.o. Haushalt stehen den Einnahmen von € 297.500,00
Ausgaben in Höhe von € 297.500,00 gegenüber, sodass auch der a.o.
Haushalt ausgeglichen ist.

Die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Voranschlag sind auf den Seiten 4 bis 7 (Abweichungslisten) angeführt.

Bgm.:

Wir haben uns bemüht, diese alle uns schon bekannten Dinge einzuarbeiten, wobei einnahmenseitig mit keiner Erhöhung zu rechnen ist, da scheint es, dass wir Glück haben müssen, dass alles, was budgetiert wurde und im Budgeterlass dargestellt wurde, auch eintrifft. Man wird am 31.12.2013 genau wissen. Ansonsten sind alle anderen Ziffern und Zahlen von der Claudia Zeitlinger auf ihre Aktualität geprüft und dargestellt worden. Wir haben auch im Budget einige Umbuchungen wie z.B. Ausgleich des a.o. Haushaltes vorgenommen. Im Haushalt 2013 im ordentlichen Budget, wir haben aber dann im Jahresabschluss 2012 aufgrund der Finanzmöglichkeiten, die wir gehabt haben, das alles schon erledigt, dass wir diese Dinge auch jetzt im ord. Haushalt bewältigt haben.

Mir schein auch noch wichtig, euch einige Erläuterungen zur Abweichungsliste zu geben. Wir haben beim Budgetansatz EGEM, und das war bei den Fraktionsunterlagen noch nicht dabei gewesen, € 2.000,- weggenommen. Wir haben heuer 2013 keine Ausgaben gehabt und ich rechne auch nicht, dass wir 2013 noch diesbezügliche Ausgaben haben werden und haben diese € 2.000,- dem Ansatz Agenda zugeführt. Begründet wird diese Maßnahme mit dem Wunsch des Pfarrkirchen 2021-Teams, die Gemüsegartenaktion im Pfarrhofgarten, bei der die Beete von Interessenten bewirtschaftet werden können, auch im heurigen Jahr nach Möglichkeit noch umzusetzen, weil wir der Meinung sind, dass wir ein Zeichen nach aussen setzen müssen, dass wir nicht nur ein Debattierklub sind, sondern auch Dinge in die Umsetzungsphase bringen, wenn sie auch nur kleine und bescheidene Dinge sind. Die Frau Kollegin Haselsteiner hat sich bemüht, und vom Maschinenring einen Kostenvoranschlag für die Vorbereitungsarbeiten eingeholt, der ca. € 2.750,- ausmacht und das würde sich dann mit der Überleitung der EGEM-Beträge und dem Agenda Ansatz irgendwie ausgehen und ich bin guter Dinge, dass wir die gute Aktion auch 2013 dann in Angriff nehmen können. Danke aber auch bei dieser Gelegenheit dem Agenda Team für die Aktivität und Tätigkeiten, damit das Projekt Pfarrkirchen 2021 auch weiter leben kann.

Weiters ist mir auch ein Anliegen, die Erhöhung des Kindergartenbudgetansatzes zu erläutern und euch näher zu bringen. Man sieht auf der Abweichungsliste gleich auf dem ersten Blick, dass der Budgetansatz von zu gering angenommen € 110.000,- auf € 150.000,- vorgenommen wurde. Die Veränderung erscheint mir auch aus nachfolgenden Gründen notwendig zu sein, daher haben wir sie auch im Nachtragsvoranschlag so aufnehmen lassen. Erstens haben wir die jährlich wiederkehrende Tatsache, dass die Teilzahlungen dem tatsächlichen Abgang nicht gerecht werden und daher im Frühjahr nach der Endabrechnung wir immer eine hohe Restzahlung zu leisten haben. Durch diese Modalität sind die Kindergartenjahre finanziell transparent sehr schwer nachvollziehbar. Mein Ziel ist es, durch höhere Teilzahlungen zu geringeren Restzahlungen zu kommen, damit das System insgesamt besser wird. Ziel soll es jedenfalls sein, dass es zu geringeren Restzahlungen kommt, dass ist in einem Jahr eh nicht zu schaffen, aber die umfassende Transparenz soll eigentlich das Ziel sein und man tut sich dann im Benchmarking auch leichter, die Kinderzahlen schwanken ja auch, wenn man sagen kann im 2012 Jahr haben wir bei 90 Kindern € 150.000,- und ein Jahr später € 140.000,- bei nur 60 Kindern. Im Frühjahr 2013 hat ja der Kindergartenbeirat im Beisein der vom Gemeinderat entsandten

Vertretung den Abschluss 2012 des Kindergartens einhellig und ohne Einwände zur Kenntnis genommen, sodass die Restsumme von 50.680,- € durchgeführt wurde. Mein Ziel ist, dass wir 2013 zumindest einmal € 100.000,- als Vorauszahlung leisten und damit die Restzahlung zumindest verringern können. Wenn wir diesen Weg auch 2014 so fortsetzen, erreichen wir 2014, 2015 das Ziel, das wir diese Dinge wirklich pro Jahr darstellen können. Wenn wir die Vorauszahlungen in den Endabrechnungen den jeweiligen Kalenderjahren zuordnen und ich hab' mir das gestern einmal angesehen, dann ergibt sich folgendes Bild, dass in den Haushaltsabschlüssen des Hauses auch nicht immer so darstellbar ist, dass man im Haushaltsjahr 2011 Kosten in Höhe von 122.800 €, im Jahr 2012 haben wir 131.087,- insgesamt an Kosten, bei einer Vorauszahlung von € 80.000,-, dann weiß man, dass die € 50.000,- € auch zu zahlen waren. Wir haben heuer € 100.000 eigentlich vorgesehen als Vorauszahlung und die Restzahlung aus 2012 ergibt dann die budgetierten € 150.000,-.

Da hat es auch eine Mitteilung des Amtes der o.ö. Landesregierung gegeben, wo so empfohlene Höchstsätze für die Abgangsdeckung gibt und bei 4 Gruppen, die wir im Kindergarten Pfarrkirchen haben ergibt sich folgendes Bild, da wir 2 normale Gruppen haben mit € 32.800,-, das wären € 65.600,- und eine Integrationsgruppe mit € 37.100,- und eine alterserweiterte Gruppe mit € 35.460,-, das wäre dann der Durchschnitt der o.ö. Gemeinden, da wäre als Höchstsatz anzusetzen € 138.160,- bei dieser Konfiguration. Bei 4 normalen Gruppen wäre dieser Abgang geringer anzusetzen. Mit dieser Ziffer bewegen wir uns geringfügig unter dem Höchstsatz Oberösterreichs.

Erstmals haben wir auch im Nachtragsvoranschlag in unserer Abrechnung Einnahmen für den Kindergarten in Höhe von 9.000,- zu verzeichnen, da Bad Hall uns doch einige Kinder zur Betreuung überlässt, die zahlen für die Kinder, die bei uns in den Kindergarten gehen, da sie in Bad Hall voll besetzt sind und die Kinder nicht unterbringen können und haben viele Kinder auch in Adlwang im Montessori-Kindergarten.

Ihr wisst auch – hoffentlich wisst ihr das, ist mir ein gutes Klima hier im Hause immer wichtig und ein Anliegen und so habe ich gleich nach der letzten Diskussion die wir heuer im Frühjahr im März geführt haben über den Kindergarten gleich nach der Abschlussbesprechung, des Rechnungsabschlusses 2012, mit Herrn OAR. Schachtner ein relativ ausführliches und gutes Gespräch gehabt mit dem Inhalt, wie gelingt es uns gemeinsam, das Thema dieser weiterführenden Informationen hier im Raum zu minimieren und vielleicht auch endgültig zu erledigen. Herr Schachtner und ich, wir haben vereinbart, dass der Kindergarten nach Start im Sept. 2013/2014 eine Aufstellung über die zu betreuenden Kinder und der betreuenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übermittelt, die ich Herrn Schachtner zur Verfügung stelle, der sie dann analysiert. Ich kann und bitte daher auch um ihr Verständnis und ich habe sie auch nicht, die Aufstellung, hier nicht im Hause aufgrund der doch sensiblen personenbezogenen Daten, die dort vorhanden sind, nicht möglich, zu präsentieren.

Die Analyse der Zahlen ist gestern Abend, um ca. 17.00 Uhr, von Herrn Schachtner übermittelt worden. In der Kürze der Zeit, ich hab' sie zwar gelesen, es war aber nicht möglich, dass man die Erkenntnisse der Analyse auch hinterfragt und natürlich auch mit den Verantwortlichen des Betreibers des Kindergartens zu hinterfragen, zu besprechen, die notwendigen Erläuterungen einzuholen und zu einem Endergebnis zu kommen, mit dem auch hier gearbeitet werden kann.

Mir ist auch ein Anliegen, dass wir zu einem größtmöglichen Nennen zwischen den Gemeindeverantwortlichen, den Kindergartenverantwortlichen kommen, damit wir die Diskussionen, die nicht endend wollend sind, hintanhaltend. Ich glaube, nach der ersten Information, werden sich die Verantwortlichen den Kindergartens auch Gedanken darüber machen, zu einer Gesprächsrunde einzuladen, mit den Vertretern der Fraktionen und dem Kindergarten, wo wir zu einem Ergebnis der Analyse, zur Stellungnahme des Kindergartens, wo wir das Ziel haben, für die Budgetsitzung oder für die Haushaltsabschluss-Sitzung, das endgültig auch so zu erledigen. Mein Credo zu einem solchen Fall ist immer, man braucht einen ordentlichen Befund, dann gibt es ein Rezept und am Ende soll dann die Heilung und Gesundheit stehen. Das ist ein guter Weg. Alle anderen Veränderungen im Nachtragsvoranschlag verlangen im Prinzip nicht unbedingt einer weiteren Erläuterung, ausser dass wir einige Umbuchungen haben vornehmen müssen, weil auch seitens des Landes im Erlass mitgeteilt wird, diese Ausgabe ist unter dem Konto zu verbuchen, dann verbucht man sie dort und 3 Monate später heißt es, das gehört auf ein anderes Konto.

Und dann gibt es halt Umbuchungen, die man im Nachtragsvoranschlag und auch im Haushaltabschluss dann erledigen muss.

Gibt es dazu Wortmeldungen?

GRM. Fischereeder:

Wir können diesem Nachtragsvoranschlag für den Kindergarten nicht zustimmen, aus folgendem Grund. Wenn man sich das anschaut und du hast das wirklich gut erläutert. Aber ich sage wir im Prüfungsausschuss, wollen dieses leidige Thema wirklich einmal vom Tisch bekommen, wir haben verlangt bzw. wir haben dich gebeten, dass du vom Kindergarten was einforderst und heute sagst du, gestern Abend hast du die Analyse bekommen. Ich habe mir als Prüfungsausschussobmann schon erwartet, dass ich auch eine Information bekommen hätte. Wenn ich jetzt sehe, 17 %, eigentlich sind es ja 37 %, wenn im Jahr 2014 die Nachzahlung zu leisten ist, dass dieses Geld jetzt für den Kindergarten aufgeht.

Es kann so sein, und ich glaube auch, dass es so ist, aber wir sagen jetzt, wir sind jetzt zum Entschluss gekommen, die Kindergartenführung bzw. die Finanzchefs, sei es vom Kindergarten bzw. von der Caritas, wir wollen jetzt auf den Punkt genau wissen, was ist dort los.

Wo kommt das Geld, was ist dort genau. Du sagst jetzt fangen sie an 2013/2014 aufzuzeichnen, warum hat die Gemeinde nicht das Recht, einzufordern, was mit dem Geld geschehen ist.

Es ist nicht die Frage, ob es zu viel ist, es ist zu klären, wofür wird es verbraucht.

Im Prüfungsausschuss sind alle Fraktionen vertreten, haben wir gesagt, ja wir wollen das. Geschehen ist nichts.

Wenn wir alle, die wir hier herinnen sitzen, das wissen, werden wir zufrieden sein und sagen, das ist in Ordnung, das passt.

Wir können aus den angeführten Gründen der geplanten Erhöhung nicht zustimmen.

Bgm.: Was willst du genau wissen?

Fischereeder: Ich will wissen, wie das Geld aufgeteilt wird und wozu es verbraucht wird.

Bgm.: Das ist kein Geheimnis, wir kriegen alle Jahre den Abgangsbericht, der auch im Kindergartenbeirat geprüft wird, dort besprochen wird und alle offenen Fragen beantwortet und diskutiert werden. Ich war auch dieses Mal selbst dabei. Da ist kein Geheimnis dabei.

Fischereeder: Das gehört in dieses Haus.

Bgm.: Das ist eine Beilage zum Rechnungsabschluss.

Fischereeder: Künftig zahlen wir vielleicht € 250.000,- und wir kommen mit unserem Budget nur schwer zusammen. Das will ich transparent machen.

Bgm.: Was willst du genau wissen?

Fischereeder: Alles was dort passiert.

Bgm.: Brauchst du nur den Rechnungsabschluss ansehen.

Fischereeder: Warum ist das dem Kindergarten nicht möglich, die gewünschten Unterlagen zu liefern.

Bgm.: Der Rechnungsabschluss liegt im Amt.

Fischereeder: Wir haben vom Prüfungsausschuss Unterlagen gefordert. Geschehen ist bisher nichts.

Bgm.: Bei der letzten Diskussion haben wir über den Dienstpostenplan der Gemeinde gesprochen und dann hat sich eine ganz andere Diskussion ergeben. Mir sind die Anliegen nicht fremd und auch nicht unwichtig, sodass ich eine Möglichkeit gesucht habe, die personelle Konzeption des Kindergartens durchleuchten zu lassen, von einer übergeordneten Stelle, die das auch prüfen kann, weil sie auch Vergleichswerte haben. Ich habe keine Vergleichswerte, ich kann nicht sagen, ob der Kindergarten XY geführt wird, wie sind die Benchmarks dazu gibt es die Gemeindeabteilung der BH Steyr-Land und Herr Schachtner hat sich dankenswerterweise bereiterklärt, das zu prüfen, einen Befund zu erstellen, und dieser Befund ist die Grundlage weiterer Gespräche. Damit ist überhaupt kein Geheimnis verbunden und wenn du Daten aus dem Abschluss des Kindergartens haben willst, brauchst du nur zum Amtsleiter zu gehen, der liegt in der Buchhaltung auf. Der ist alle Jahre da.

Fischereeder: Es gibt für mich nur eines, 37 % Erhöhung vorausschauend, und nächstes Jahr sagen wir 50 % Erhöhung vorausschauend. Dann 70 % Erhöhung, das ist ja ein Wahnsinn. Es gibt in keiner Firma solche Steigerungen, was die Kosten anbelangt. Nirgends.

Bgm.: Man kann eine Kindergartenverwaltung mit einem öffentlichen Auftrag nicht mit einer Privatfirma vergleichen. Das geht nicht. Ich bin selber in der Privatwirtschaft. Ich weiß, dass manche Dinge schwer umsetzbar sind, aber ich denke wir kommen auf keinen grünen Zweig, wenn wir uns hier in einem Zweigespräch bewegen, weil für mich ist wichtig. Zuerst brauche ich einen Befund, dann gibt es Rezept und dann gibt's eine Heilung. Den Befund haben wir nun da, den können wir

diskutieren in einer Runde mit den Fraktionen, mit den Kindergartenverantwortlichen und dann können wir uns über das Rezept darüber unterhalten. Ganz ein offener Dialog, den wir führen könne, kein Geheimnis oder sonst irgend Etwas ist damit verbunden. Was nicht geht, das personenbezogene Daten diskutiert werden.

Fischereder: Präventiv braucht man gar nichts machen?

Bgm: Da ist ja bitte Prävention. Über das war voriges Jahr war brauchen wir nicht zu diskutieren. Wir reden über den Kindergarten 2013/2014.

Fischereder: Ich war im Vorjahr im Kindergarten und habe um Unterlagen ersucht. Habe ich nicht bekommen.

Bgm.: Ich kann nicht mehr anbieten als wie die Dinge klar auf dem Tisch liegen werden, dass wir eine Analyse haben, dass wir wissen, wo wir im Gespräch ansetzen können und das wir das diskutieren, als Prävention für das Kindergartenjahr 2013/14.

Fischereder: Das habe ich mir gewünscht. Doch es ist nichts geschehen!

Bgm.: Die Kindergartenleitung kann nicht im Juni die Daten für den Kindergarten liefern, der im Herbst beginnt. Mitte Sept. sind die Ziffern geliefert worden, dann sind sie zum Herrn Schachtner gekommen, zur Prüfung und gestern hat er die Analyse gemacht. Punkt. Mehr kann ich dazu nicht sagen, außer dass es ein ernsthaftes Bemühen gibt, die Dinge ins richtige Lot zu bringen.

GVM. Knogler: Wäre es nicht eine Möglichkeit, der gesamte Gemeinderat mit der Pfarre und mit der Kindergartenleitung ein gemeinsames Gespräch zu führen, wo genau diese Fragen, die wahrscheinlich mehrere hier herinnen haben, gestellt werden können, beantwortet werden können und die Unwissenheit, die vielleicht da ist, ausgeräumt wird. Denn genau darum geht es, weil man nicht genau weiß, was mit dem Geld geschieht. Wahrscheinlich hat es ja so seine Richtigkeit, nur wir wissen es halt nicht. Und wenn man etwas nicht weiß, dann spekuliert man halt. Und das ist ungut.

Bgm.: Aus meiner Sicht. Ja, kann man durchaus auch machen. Nur ist es besser vorerst, diese Dinge im kleinen Gremien zu erarbeiten, weil es gibt Fragen, die muss man einmal diskutieren, und da ist ein 25 Personen-Gremium nicht zweckmäßig, weil da kommen wir nicht „zu Schuss!“. Mir ist lieber das Ergebnis der Analyse in einer konzentrierten Aktion zu besprechen. Als weiteren Schritt kann durchaus auch der Gemeinderat als weiteres Gremium einberufen werden, ob es eine öffentliche Sitzung sein muss sei dahingestellt, um einen offenen Dialog zu führen. Es spricht nichts dagegen, nur die jetzige Situation, die gehört intensiv einmal mit dem Prüfungsausschussobmann, mit den Fraktionsobmännern, vielleicht von jeder Fraktion noch wer dazu, mit den Verantwortlichen einmal besprochen, das die auch wissen, wo wollen wir hin, und dass man ein Gesamtkonzept erstellt, wo wären Veränderungen möglich, wo scheinen sie unmöglich und wo sind sie auch sinnvoll und dann kommen wir dorthin, wo ich hin will. Zu einer transparenten Form, wo wir alle zufrieden sind. Das war das Ziel, das ich mit Herrn Schachtner besprochen habe und gemeinsam werden wir „die Kuh vom Eis kriegen“.

Wenn der Nachtragsvoranschlag jetzt abgelehnt wird, werden wir damit leben müssen. Sage ich einfach, sie kriegen die letzten € 25.000 als Vorauszahlung nicht, kriegen sie halt 2014 den erhöhten Beitrag lt. Endabrechnung. Schlussendlich kommen wir darüber nicht hinweg und deshalb habe ich es auch mitgeteilt, dass die Höchstgrenzen, die vom IKD als Höchstgrenzen eingezogen wurden, die in begründeten Fällen auch überschritten werden können, speziell für Abgangsgemeinden, euch auch dargelegt und da sind wir im Plan relativ gut drinnen und ich bin wieder dort, dass diese Nachzahlungen immer das Ergebnis eines Budgetjahres verfälschen.

Wir wissen heuer noch nicht, wo wir am 31.12. mit der Abrechnung landen, das kann keiner vorhersehen.

GRM. Neudecker: Wenn wir dieses Spiel jetzt so weiter betreiben, wo stehen wir dann z.B. im Jahr 2017? Wie hoch ist das Gesamtbudget und wie hoch ist der Beitrag für den Kindergarten?

Bgm: Ich bin kein Hellseher, das können z.B. 5 Gruppen auch sein.

GRM. Neudecker: Das kann ich mir aufgrund der Geburtsziffern ausrechnen.

So können wir aber nicht weiter machen, das ist klar.

Bgm.: Wenn man sich die Geburtenziffern anschaut, ist es möglich, dass eine Gruppe wegkommt. Der Hauptgrund für den Abgang sind die Kosten für das Gebäude, sondern sind einmal die Personalkosten.

GVM. Hütmeier:

Diese Sache soll nicht als Misstrauen hinüberkommen, sondern ich habe in der letzten Sitzung wo dieses Thema behandelt wurde unter Allfälliges erwähnt, setzen wir uns zusammen, räumen wir das aus, wo man glaubt, man stimmt zu, weiß aber nicht genau die Hintergründe. Es wäre schön gewesen, wenn wir deine Erläuterungen, dass das und das schon stattgefunden hat und das es auch zahlen gibt, die du heute erläutert hast, schon gehabt hätten. Wenn man das bei der Fraktionssitzung schon weiß, kann man von einer anderen Basis ausgehen, jetzt haben wir schon das, das ist in die Wege geleitet. Ich habe nicht gewusst, dass diese Dinge schon laufen und das schon diesbezügliche Gespräche stattgefunden haben. Ich habe mich auch geschreckt über die Begründung „höhere Abgangsdeckung“. Das wissen wir ja, aber nur warum ist diese Erhöhung notwendig und damit fangen die Diskussionen darüber an. Jetzt will man die Wirtschaftlichkeit bewahren, man will nachhaltig wirtschaften. Keiner kritisiert die Kindergartenarbeit. Wir wissen nicht wie viele Kinder besuchen den Kindergarten, wie viele aus anderen Gemeinden. Wenn man aber ein bisschen in die Vorgangweise eingebunden wäre, was ist schon geschehen, kann man in der Fraktionssitzung vor der GR-Sitzung anderes diskutieren. Man bräuchte halt auch da einen gewissen Zeitplan.

Bgm.: Ich kann nicht vorhersehen, wenn die, die damit beschäftigt sind, das Ergebnis liefern. Wenn ich gewusst hätte, dass ich gestern ein Ergebnis bekomme, wäre das anders verlaufen. Aber es hätte auch sein können, dass wir das Ergebnis erst bis zur Budgetsitzung 2014 bekommen hätten. GVM. Hütmeier erklärt, dass es ja die BH Steyr-Land ist, die uns jedes Jahr wieder auf die Kosten des Kindergartens aufmerksam macht und die Abgangszahlung der Posten ist, der uns am meisten „zwickt“.

GVM. Knogler: Gibt es einen Zeitplan

Bgm: Mein Ziel ist es vor der Budgetsitzung die Dinge zu regeln oder zumindest zu besprechen. Ob wir zu einem Ergebnis kommen, weiß ich nicht. Relativ zeitnah.

GVM. Knogler: Gibt es dieses Gespräch mit Gemeinderat, dem Kindergarten usw.

Bgm: Es gibt dieses Erstgespräch auf alle Fälle. Wir müssen uns dann noch ausmachen, wer daran teilnehmen soll.

GRM. Kahr: Ich habe in diesem Punkt denselben Zugang wie GVM. Knogler. Es ist schon die unendliche Geschichte im Prinzip und wenn wir Daten da haben, wo man nachvollziehen kann wieso und warum soviel bei der Fraktionssitzung, kann man das auch besser erklären und ich bin jetzt der Meinung, da gehört dieses Gespräch vor einer Entscheidung einfach her, mit den Fraktionobmännern und mit dem Kindergarten, damit man weiß, wovon man spricht. Das ist meine Meinung.

GVM. Knogler ersucht um eine kurze Sitzungsunterbrechung zur Beratung.
Die Sitzung wird dann wieder fortgesetzt.

GVM. Werner: Die ÖVP-Sitzung wird sich der Stimme enthalten. Wir möchten dass wir zuerst einmal die Diskussion führen.

GRM. Kahr: Auch die FPÖ-Fraktion wird sich der Stimme enthalten. Wir möchten auch zuerst die Diskussion.

Bgm. Plaimer: Dann werden wir den Nachtragvoranschlag 2013 in der nächsten GR-Sitzung beschließen.

Ein Beschluss zu diesem Tagesordnungspunkt wurde daher nicht gefasst.

TOP 2) Bebauungsplan Nr. 35 „Stockinger II“ – Beschlussfassung;

Der Bürgermeister berichtet:

Mit Schreiben vom 03. Sept. 2013 teilt die Raumordnung des Amtes der OÖ. Landesregierung, RO-Ö-503520/3-2013-Katz/Rö, mit, dass aus raumordnungsfachlicher Sicht überörtliche Interessen im besonderen Maße durch die gegenständliche Plaung nicht berührt werden und ein Widerspruch zum rechtswirksamen Flächenwidmungsplan nicht gegeben ist.

Der Anmerkung in den schriftlichen Erläuterungen des Bebauungsplanes 35 unter „sonstige Bauweise“ die Geschoßflächenzahl mit 0,60 maximal zu präzisieren wurde entsprochen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge den Bebauungsplan Nr. 35 „Stockinger“ in der vorliegenden korrigierten Form beschließen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Der Bebauungsplan Nr. 35 „Stockinger“ gilt in der vorliegenden, korrigierten Form als beschlossen.

TOP 3) Straßenbauarbeiten: Ausbau der Siedlungsstraße Hallerweg;

Der Bürgermeister berichtet:

Für den Hallerweg wurde im Jahre 2006 von der Fa. Brunner ein Projekt erstellt. Dieses Projekt beinhaltet den Ausbau des Hallerweges ab dem Haus Zehetner.

Aufgrund des schlechten Straßenzustandes im vorderen staubfreien Bereich ist vorgesehen, den Hallerweg ab der Kreuzung Mühlgruberstraße zu sanieren und im weiteren Verlauf auszubauen und staubfrei zu machen.

Das neue Projekt soll von DI Weichselbaumer erstellt werden.

Diesbezügliche Unterlagen liegen noch nicht vor.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge grundsätzlich beschließen, dass der Hallerweg nach Maßgabe der finanziellen Mittel saniert, ausgebaut und staubfrei gemacht werden soll.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass der Hallerweg nach Maßgabe der finanziellen Mittel saniert, ausgebaut und staubfrei gemacht wird.

TOP 4) Mühlgruber-Landesstraße 1362 – Gestattungsvertrag für den Anschluss einer Verkehrsfläche der Gemeinde;

Der Bürgermeister berichtet:

Für die Ausfahrt Georgiweg – Aufschließungsstraße Plassgründe – ist ein Gestattungsvertrag mit der Straßenverwaltung des Amtes der OÖ. Landesregierung abzuschließen.

Dieser Gestattungsvertrag wurde mit Schreiben vom 05. August 2013 von der Straßenmeisterei Kremsmünster vorgelegt und soll beschlossen werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass der vorliegende Gestattungsvertrag mit dem Gegenstand Einbindung des Georgiweges in die Mühlgruber Landesstraße mit der Straßenverwaltung des Amtes der OÖ. Landesregierung geschlossen wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass der vorliegende Gestattungsvertrag mit dem Gegenstand Einbindung des Georgiweges in die Mühlgruber Landesstraße mit der Straßenverwaltung des Amtes der OÖ. Landesregierung geschlossen wird.

TOP 5) Grundangelegenheit Martinek, Tassiloweg – Vereinbarung;

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 6) Allfälliges

a) Dringlichkeitsanträge:

1.) Erhöhung der Tourismusabgabe

Mit Schreiben des Tourismusverbandes Bad Hall-Kremsmünster vom 3. Okt. 2013 wurde

Die Gemeinde Pfarrkirchen ersucht, den vorgeschlagenen Stufenplan für die Erhöhung der Tourismusabgabe (dzt. € 1,60) aufgrund des einstimmigen Beschlusses der Tourismuskommission vom 30. Sept. 2013 wie folgt zu erhöhen.

Ab 1.1.2014 auf € 1,80

Ab 1.1.2015 auf € 2,--

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge den vorgeschlagenen Stufenplan für die Erhöhung der Tourismusabgabe für die Tourismusregion Bad Hall-Kremsmünster genehmigen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass der Gemeinderat den vorgeschlagenen Stufenplan für die Erhöhung der Tourismusregion Bad Hall-Kremsmünster genehmigt.

2. Maßnahmen für Studenten mit HWS Pfarrkirchen – Erhöhung des Kostenersatzes und Verlängerung auf unbestimmte Zeit;

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom Juni 2012 beschlossen, die dass ab dem Sommersemester 2012 auch für die Studenten(innen) in der Gemeinde Pfarrkirchen ein Kostenersatz von € 50,-- für das Öffentliche Verkehrsmittel zum oder am Studienort gewährt wird. Ein Studiennachweis und der Nachweis über den Bezug der Familienbeihilfe sind erforderlich.

Mit GR-Beschluss vom 6. Juli 2012 wurde diese Maßnahmen bis 31.12.2014 verlängert.

Teilnehmer lt. Buchhaltung: 6 Studenten(innen)

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass der Kostenersatz von € 50,-- auf € 75,-- erhöht wird und diese Maßnahmen bis auf weiteres gelten sollen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass der Kostenersatz von € 50,-- auf € 75,-- erhöht wird und diese Maßnahmen bis auf weiteres gelten sollen.

- a) Bgm. Plaimer lädt alle anwesenden Mitglieder des Gemeinderates zur morgigen Wanderung ein.
- b) Bgm. Plaimer gibt bekannt, dass am 27. Okt. der Tag der 70+ Generation stattfindet.
- c) Bgm. Plaimer informiert, dass am 7. Nov. 2013 ein Vortrag von Herrn Dr. Moser über Schwerhörigkeit stattfindet.
- d) GVM. Haselsteiner fragt an, ob die Videokamera bei der Altstoffsammelstelle in Betrieb ist und verweist auf die katastrophalen Zustände (Gründschnitt im Papiercontainer usw.)
- e) GRM. Kahr erklärt, dass alle Hundebesitzer verpflichtet sind, Hundekot zu entfernen.

Der Bürgermeister stellt fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 5. Juli 2013 keine Erinnerungen eingebracht wurden. Er erklärt sie daher für genehmigt und schließt die Sitzung.

Der Vorsitzende:

GR-Mitglieder:

Der Schriftführer:

Ohne – Mit folgenden – Erinnerungen genehmigt am:

Der Bürgermeister: